



eurer Prinzipale, verichert euch gegen die uns  
Buchdruckern dunkle Zukunft! Dann nützt auch ihr  
dem Buchdruckergewerk und am meisten euch selbst.  
Und besonders ihr, die ihr bei der letzten Bewegung  
die Bläse der für euch kämpfenden Kollegen ein-  
nimmt, tretet, soweit ihr es bisher verabsäumtet,  
dem Verband unverzüglich bei; ihr löst dann zum  
Teil den Wechsel ein, den ihr jenen noch immer schuldet  
und könnt mit Zuversicht vorwärts blicken von euren  
oft so — schwanken Stellungen.

## Im preussischen Abgeordnetenhaus,

wo sich die Vertreter von „Bildung und Besitz“ unbelästigt  
von indistinkten Sozialdemokraten ein trauliches Rendez-  
vous geben, hat eine Debatte beim Kustusetat nach ver-  
schiedenen Seiten hin die heftigen Schlaglichter auf die  
Denkwiese der „drei oberen Stände“, wie es ein Redner  
nannte, geworfen. Wir können es uns nicht verjagen,  
unseren Lesern, die ja zum größten Teile die Verhandlungen  
dieses föhlichen Parlaments ignorieren oder soweit sie  
außerhalb des Intelligenzstaates mit seinem kunstfertigen  
Polizeiminister zu existieren gezwungen sind, überhaupt  
nichts von ihnen erfahren, die betreffenden Kraft- und  
Sachstellen zum besten zu geben.

Was bisher vielleicht doch noch nicht dagewesen ist  
ein preussischer Minister mußte gegen einen National-  
liberalen die Lehrfreiheit in Schutz nehmen. Konservative  
stießen Kasianbräuse wegen des den Arbeitern drohenden  
Unglücks der Organisation aus, Nationalliberale stiegen  
um Unternehmenschup. Herr Stöcker kennzeichnet die evan-  
gelischen Arbeitervereine, ein Zentrumsführer verurteilt die  
Arbeiterorganisation, aber die, welche das Zentrum meint  
zusammen mit den Arbeitgebern, und zum Schluß laßt ein  
gräflicher „Volksvertreter“ die Enterben zur Hofnung  
auf die „drei oberen Stände“ ein, wegen deren geschicht-  
licher Ausbeutungslust das ganze Elend und die ganze  
schändermachende Sozialdemokratie in die Erscheinung  
getreten ist. Wahrlich, hellvoller konnte das Entsetzen und  
die Verwirrung in dem schwelgenden Kreise des Königs  
Volltag nicht sein, als die unsichtbare Hand das Reme tadel  
upharin an die Wand zeichnete. Wie mühen die „besseren“  
Klassen den Boden unter sich wanken fühlen, wenn sie,  
obchon alle an einem Strange ziehend, zwischen dem  
widerprechenden Für und Wider, dem ratlosesten Hin  
und Her schwanken und mit einem zerfahrenen Ragout  
von Hilfsmitteln ihre Vorherrschafft behaupten wollen.  
Wahrlich, ein klägliches Bild, diese dominierende Gesellschaft!

Abg. v. Eynern (natl.) hält es für wünschenswert,  
daß an allen technischen Hochschulen Lehrstühle für National-  
ökonomie errichtet und mit ordentlichen Professoren besetzt  
werden. An der technischen Hochschule in Charlottenburg  
ist ein Lehrstuhl für Sozialökonomie frei geworden und  
man habe die Besorgnis, daß er durch einen Katheder-  
sozialisten besetzt werde. Er bitte den Minister, daß er  
bei der Besetzung des nationalökonomischen Lehrstuhles  
in Charlottenburg auf einen bescheidenen Mann  
Rücksicht nehmen möchte, der nicht seine theoretischen  
Forschungen der Praxis aufdrängen wolle.

Minister Boffe: Ich werde es nicht an Bemühungen  
schien lassen, für die Beschühle der Nationalökonomie mehr  
etwas mächtige Professoren zu erlangen. Herr v. Eynern  
hat Ausführungen über den Kathedersozialismus gemacht  
und auch die Verhältnisse der Universitäten berührt. Ich  
beanstande zunächst den Ausdruck „Kathedersozialismus“.  
Kann einer von Ihnen einen bestimmten Begriff mit  
diesem Worte verbinden? Es ist ein ganz verdammt  
unbestimmter Begriff. Will Herr v. Eynern wirklich,  
daß die Unterrichtsverwaltung die freie Forschung be-  
schränkt? Was sollte aus der Welt werden, wenn wir  
die freie wissenschaftliche Forschung aufgeben?

Abg. v. Kardorff (Ab.): Ein Teil der Studenten  
neigt sich mehr und mehr den sozialdemokratischen  
Lehren zu. Herr v. Stumm hat mit Recht ein ernstes  
Wort der Warnung davor ausgesprochen. Herr v. Stumm  
hat mit Recht von einem Koffertieren mit der Sozial-  
demokratie gesprochen. Selbst von Seiten der Regierung  
wird in höchstem Maße mit der Sozialdemokratie tokiert.  
Man will Arbeiterausschüsse obligatorisch einführen  
trotz der traurigen Erfahrungen, daß dieselben immer  
in die Hände der Sozialdemokratie gefallen sind. Ebenso  
will man den Gewerksvereinen Korporations-  
rechte verleben. Das sind gefährliche Dinge für  
unser ganze politische Entwicklung und Herr v. Stumm  
hat sich ein hervorragendes Verdienst erworben, daß er  
davor warnte. Die Gewerksvereine mit Korporations-  
rechten würden nur ein bequemes Bett sein, in das sich  
die Sozialdemokratie hineinlegen würde. Der Arbeits-  
nachweis könnte Gutes wirken, aber die Sozialdemokratie  
müchte die Mitwirkung der Arbeitgeber ausschließen.  
Arbeiterkammern! Warum nicht! Aber nur in der  
richtigen Zusammenhänge.

Abg. Büch (natl.): Auch ich erkenne die Forderungen  
des vierten Standes an. Schon seit langer Zeit bekommt  
der Arbeiter in seinen fortwährend steigenden Löhnen  
einen immer größeren Anteil an dem Produkt aus dem  
Zusammenwirken von Kapital und Arbeit. Wir wünschen  
dies allerdings, möchten aber eine unnatürliche Be-  
schleunigung vermieden haben.

Abg. Faasche (natl.): Herr Stöcker greift die Arbeit-  
geber an. Das ist das Schlimme, daß man diesen immer  
vorwirft, sie dächten nur an ihren Geldbeutel. Davon  
ist keine Rede. Man muß innehalten damit, daß man  
immer nur für die Arbeiter sorgt; man schädigt  
sie, wenn man nicht auch an die Arbeitgeber denkt.  
Abg. Stöcker bemerkt u. a., daß die evangelischen  
Arbeitervereine nach ihren Statuten mit den Arbeit-  
gebern gehen wollen.

Abg. v. Jedlich Neukirch (st.): Auch ich halte die  
Sozialreform in Deutschland für eine überaus segens-  
reiche, aber eine Organisation der Arbeiter kann nicht  
nützlich sein in einer Zeit, wo sozialistische Tendenzen  
in solchem Maße vorherrschen; sie würde auch bei uns  
noch gefährlicher sein als in England.

Abg. v. Heeremann (3.): Die Freiheit der Wissen-  
schaft ist verfassungsmäßig gewährleistet, aber sie muß  
im Interesse der Ordnung doch gewisse Grenzen haben,  
sonst wird sie zügellos. Das heutige Elend in der Welt  
ist nicht zu leugnen, und wir müssen uns damit be-  
schäftigen und die Arbeiter schützen, wir müssen ihnen  
gestatten, sich zu vereinigen. Die soziale Reform  
dürfen wir nicht fallen lassen. Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer müssen aber als ein Ganzes aufgefaßt werden.

Ab. Graf Limburg-Stirum: Die politischen Rechte  
darf man den Arbeitern nicht verkuemmern; aber es heißt  
ihnen einen Stein für ein Stück Brot geben, wenn ich  
es ihnen erleichtere sich zu organisieren. Durch ver-  
ständiges Zusammenwirken der Regierung und der  
drei oberen Stände muß ihnen eine Verbesserung  
der wirtschaftlichen Lage verschafft werden. Von Orga-  
nisationen im wirtschaftlichen Leben erwächst ihnen  
kein Vorteil.

## Korrespondenzen.

— Leipzig. Wenn wir die Ereignisse des ver-  
flohenen Jahres, welche die heiligen Kollegen berühren,  
nochmals vor unserm geistigen Auge Revue passieren  
lassen, so beschließen uns recht gemühte Gefühle. Wir  
sehen die Prinzipale rührig für die Kassen des D. V. B. —  
mit und ohne Zwang — arbeiten, zwangsweise und plötz-  
lich Gehilfenunterschriften eintreiben zur Befürwortung  
eines Annullationsbescheides, Kündigungsschriften bis zu  
einem Vierteljahre „vereinbaren“ und dergleichen „Wohlt-  
thaten“ mehr spenden. Da dies alles noch obendrein unter  
dem Druck einer abnormen Konditionslosigkeit, die der  
Prinzipals-Arbeitsnachweis durch Heranziehung von Pro-  
vinzgehilfen und anonyme Inserate im klinischen An-  
zeiger fördert, in Szene ging, so hatten die Unternehmer  
mit diesen ihren Maßnahmen zunächst mehr oder weniger  
Erfolg, ohne daß aber dadurch der gewerbliche Frieden  
seiner Verwirklichung auch nur einen Schritt näher ge-  
bracht worden wäre: nein, im Gegenteil, trotz aller Ver-  
sicherungen, „ihre Arbeiter nie ohne Not zu drücken“  
und „die Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen so  
weit als möglich auszubehnen“, ist die Ignoranz gegen  
eine tarifmäßige Bezahlung der Gehilfen sowie gegen die  
Lehrlingskata selten größer gewesen als im Berichtsjahre.  
Nach der am 15. Oktober v. J. aufgenommenen Statistik  
waren in 140 Druckereien bzw. Siebereien (77 Innungs-,  
63 Nichtinnungsgehilfen) 2087 Gehilfen und 757 Be-  
lehrte vorhanden (die letzteren stellen sich zu den Gehilfen  
wie 1 : 3,5). Von den Gehilfen wurden 111 in 36 Innungs-  
geschäften und 52 in 24 Nichtinnungsgeschäften, also ins-  
gesamt 163 unter Minimum entlohnt. Bezüglich der  
Lehrlinge stellt sich das Verhältnis wie folgt: 40 (51,9 Proz.  
aller Innungsmeister hatten 85 und 20 Nichtinnungs-  
meister 43 Seperlehrlinge über die Scala, 22 (28,6 Proz.  
aller Innungsmeister hatten 33 und 12 Nichtinnungs-  
meister 20 Druckerlehrlinge über die Scala, außerdem  
bielten sich noch 12 Innungsgeschäfte 20 und 3 Nicht-  
innungsgeschäfte 3 Volontäre. Aus vorstehenden Zahlen,  
an denen namentlich die Innungsmitglieder hervorragend  
teilnahmen, geht zur Evidenz die Schwäche und der Wider-  
wille, tarifmäßige Bestimmungen einzuführen und auf-  
rechterhalten, hervor, so daß eine Reihe von Kollegen  
erst durch gewergerichtliches Urteil zu ihrem Rechte  
kommen konnten und obendrein noch — wenigstens zu-  
meist — diese Forderung mit der jeweiligen Kondition  
bezahlen mußten. Maßregelungen wegen tarifmäßiger  
Forderungen und Maßregelungen wegen der ledigen  
Prinzipalskasse kolportierten unter wirtschaftliches Leben.  
Von den 2087 statisch festgestellten Gehilfen waren durch-  
schnittlich 1043 oder 61,1 Proz. organisiert (die niedrigste  
Zahl der organisierten Gehilfen betrug 1585, die höchste  
1701; augenblicklich steht die Zahl auf 1784). Im ver-  
gangenen Jahre waren 631 (38,4 Proz. aller) Mitglieder  
5191 Wochen, jedes derselben also durchschnittlich 8,2 Wochen  
arbeitslos, rechnen wir die 5191 arbeitslosen Wochen zu  
Gehilfen um, so ergibt diese Rechnung rund 100 dauernd  
beschäftigungslose Gehilfen oder 6 Proz. der Verbands-  
mitglieder; krank waren 577 Mitglieder 3319 Wochen  
oder jedes durchschnittlich 5,75 Wochen, nach der andern  
Rechnung 64 dauernd Kranke oder 3,9 Proz.; Invaliden  
hatten wir durchschnittlich 59 oder 3,6 Proz. Reisende  
passierten Leipzig mit weicher Legitimation 505 Mitglieder  
mit 3186 Tagen und mit grüner Legitimation 409 Mit-  
glieder mit 2644 Tagen. Natürlich verursachten die er-  
werblosen Mitglieder ganz bedeutende Kosten. Es wurden  
1894 in Leipzig von den organisierten Gehilfen gezahlt  
an Arbeitslohn 35 794 Mk., Reisende 5488,70 Mk., Kranke  
47 576 Mk., Invalide 21 974 Mk., Witwen 17 807 Mk.,  
zusammen 128 639,70 Mk., ohne daß behauptet werden

könnte, alle Not und Sorge sei in genügender Weise ge-  
stillt. Die Urheber der miserablen Verhältnisse sind unter  
allen Umständen unsere Prinzipale, wir können aber einem  
Teil unserer eignen Kollegen die Verantwortung dafür  
nicht ganz nehmen, denn Beiträge bezahlen und im übrigen  
den lieben Gott einen guten Mann sein lassen, macht  
allein noch kein volles Gewerksvereinsmitglied aus, sondern  
es muß verlangt werden, daß jeder außerdem thätig mit-  
wirkt, alle Schädlichkeiten, wie sie z. B. im vorigen Jahr  
in Gestalt von „Humanitäts“-Läsen an uns herantraten,  
mutvoll und energisch zu paralyzieren.

**München.** In Nr. 8 der Zeitschrift f. D. V. befindet  
sich eine Notiz aus München, welche, abgesehen von der  
absichtlichen Verschweigung des wahren Grundes, warum  
die hiesige Mitgliedschaftsverammlung den Beschluß faßte,  
den Prinzipals-Arbeitsnachweis nicht mehr zu frequen-  
tieren, fälschlich behauptet, daß auf Antrag des Vor-  
sitzenden jener vorherbestimmte Beschluß herbeigeführt  
worden sei. Dies ist eine ganz erbärmliche Lüge, ange-  
wendet, um die hiesige Prinzipalsleitung gegen die hiesige  
Verbandsleitung aufzujagen. Vom Vorsitzenden war das  
direkte Gegenteil beantragt worden, nämlich das feinerzeit  
erfolgte Verbot der Nichtanmeldung aufzuheben. Es  
wurden aber im Laufe der Debatte so viele Klagen über  
die Geschäftsführung des betreffenden Verwalters laut,  
daß aus der Mitte der Versammlung heraus der  
zum Beschluß erhobene Antrag gestellt wurde, daß sich  
Verbandsmitglieder dort nicht mehr melden sollen. Daß  
der Verwalter Frech übrigens selbst zur Unzufriedenheit  
der Prinzipalsleitung arbeitete, erhellt daraus, daß er  
jetzt abgeleitet und ein anderer Verwalter an seine Stelle  
geleitet wurde.

**r. Regensburg.** Der jüngst abgehaltenen Jahres-  
versammlung der hiesigen Mitgliedschaft wohnten von  
89 Mitgliedern nur 33 an — eine Teilnahmlosigkeit  
am Vereinsleben, die hier öffentlich getadelt zu werden  
verdient. Dem Berichte des Vorsitzenden ist zu ent-  
nehmen, daß die Prinzipalskasse in hiesiger Stadt keine  
Fortritte gemacht hat; die vier Zwangsmitglieder der  
Wassnerischen Effizin blieben allein; der Prinzipals-  
Invalidentaxe gehören auch diese nicht an. Der Corr.  
früher darüber nur in 12 Exemplaren gelesen, ist durch  
Einführung des städtischen Obligatoriums in der städtischen  
Anzahl von 63 Exemplaren verbreitet. Unfre Ortskasse  
vereinigte 643,96 Mk. und verausgabte 435,51 Mk.  
Vermögensbestand Ende 94: 208,45 Mk. 46 Nicht-  
bezugsberechtigte resp. Ausgefeuert erhielten je 1 Mk.  
Verschiedene gewerkschaftliche Bestrebungen wurden sekundär  
wirksam unterstützt. — Zur Breslauer Generalversamm-  
lung wurde folgender Antrag eingebracht und angenommen:  
§ 16. Der Vorstandesbeschluß möge lauten: „An Be-  
gräbnisgeld wird ausbezahlt an die Verwandten, als  
welche Eltern, Frau, Kinder, Onkel oder Tante gelten,  
bis zu 150 wöchentlichen Steuer des verstorbenen Mit-  
gliedes 50 Mk., bei mehr als 150 Steuerwochen 100 Mk.  
Sollten keine Verwandten vorhanden sein, so möge nur  
dann, wenn aus der Hinterlassenschaft des Verstorbenen  
die Begräbniskosten nicht beglichen werden können, der  
statutengemäße Beitrag geleistet werden.“ Zur Begründung  
dieses Antrages wurde u. a. angeführt, daß dadurch einer-  
seits (durch Verlängerung der Karenzzeit zum Bezuge  
der 100 Mk.) eine kleine Erparnis gemacht, andererseits  
eine im alten Statut enthaltene ungehörige Härte für  
nach dem 45. Lebensjahr eingetretene Kollegen beseitigt  
werden würde. — Es kamen alsdann noch verschiedene  
Uebstände hiesiger Effizinen zur Sprache, die wir vor-  
läufig an dieser Stelle nicht näher erörtern wollen.

— **Il. Weimar.** Am 17. Februar fand die erste dies-  
jährige Bezirksversammlung in Weimar statt, welche von  
62 Mitgliedern aus den Orten Weimar und Apolda be-  
sucht war. 4 Mitglieder waren aus Erfurt als Gäste  
anwesend. Laut Bericht des Vorsitzenden befanden sich  
nach der im Herbst v. J. aufgenommenen Statistik im  
Bezirk 7 Druckorte mit 20 Firmen. Beschäftigt wurden  
6 Faktoren, 2 Korrektoren, 79 Seper, 12 Drucker,  
7 Schmeizergerben, 1 Stereotypur. Davon waren Mit-  
glieder 61, Nichtmitglieder 41. Die Arbeitszeit variierte  
zwischen 9 1/2 und 12 Stunden. Durch Neugründung  
einer Druckerei (Fr. Janßen) in Apolda, welche nur Mit-  
glieder beschäftigt, ist der Bezirk um 9 Mitglieder ver-  
stärkt. Gauvorsitzer Küttner besprach die Statistik des  
Gaues Osterland-Thüringen. Sie gebe einen schlimmen  
Eindruck wegen der Gehilfenlosigkeit mancher Prinzipale.  
Für den Gau lag ein Antrag der Mitgliedschaft Apolda  
vor: „Der Gau soll beschließen, daß, wenn die  
Generalversammlung jede Erhöhung der Konditionslosen-  
unterstützung ablehnt, die Gaukonditionslosenunterstützung  
auf 4 Mk. (bisher 3 Mk.) pro Woche bemessen wird,  
ebenso deckt die Gaukasse die Konditionslosenbeiträge zur  
Verbandskasse; nötigenfalls hat eine Erhöhung der Gau-  
steuer um 5 Pf. einzutreten.“ Es entspann sich eine  
rege Debatte, nach welcher der Antrag jedoch angenommen  
wurde. Im weiteren unterbreitete der Gauvorsitzer der  
Versammlung Abänderungsvorschläge zu einigen Para-  
graphen des Gaureglements. Unter anderen sei erwähnt  
eine Zweiteilung des Bezirks Jena; danach bildet Jena  
mit Saalfeld, Rudolstadt usw. den einen Bezirk, während  
Raumburg mit mehreren umliegenden kleinen Druckorten  
als neuer Bezirk eingeteilt werden soll. Die Versamm-  
lung verhielt sich zu diesem Projekt im allgemeinen zu-  
stimmend. Zum § 36 werden seitens des Gauvorsitzenden  
umfangreiche Venderungen und Neueinschaltungen, ganz  
besonders in betreff der Gaukonditionslosenunterstützung  
sowie Anbahnung der Gegenseitigkeit mit anderen Gauen

vorgebracht. Diese Änderungen wurden ebenfalls gutgeheissen. Als Delegierte zum Gantage werden zwei Kollegen aus Apolda und fünf aus Weimar in Vorschlag gebracht. — Betreffs der (fakultativen) Gantwittenschaft wird der Antrag gestellt, daß die Geschäfte derselben von der Gantverwaltung mit übernommen werden möchten. Die Verammlung stimmt dem bei; ferner wünscht sie, daß mit anderen auf ähnlicher Grundlage beruhenden Kassen die Gegenseitigkeit herbeigeführt werde. Ort des nächsten Bezirksfestes ist Apolda. Bei Gelegenheit der Verhandlung dieses Punktes wurde die Anregung aus der Mitte der Verammlung gegeben, daß man das diesjährige Johannistfest gemeinschaftlich mit den Nachbarbezirken feiern möge. — Damit war die Tagesordnung erschöpft und die Verammlung wurde mit kräftigem Hoch auf den Verband geschlossen. — Große Freude verursachte eine von zwei maderen Reunionskämpfern in Hannover abgehandelte Depesche. Denselben wurde in Ansehung ihrer treuen Anhänglichkeit an Weimar ein dreifaches Hoch ausgedrückt.

## Kundschau.

### Buchdruckerei und Verwandtes.

Es sei nochmals hier daran erinnert, daß am 15. d. M. der Termin abläuft für die Einbringung von Anträgen zur **Vreslauer Generalversammlung** beim Zentralvorstande. Da die Ordnung der Anträge und die Veröffentlichung noch einige Zeit in Anspruch nimmt und die Frist zwischen der letzten und der Generalversammlung zur allgemeinen Beratung und Instruktion der Delegierten gar nicht sehr lang ist, so dürfte etwaigen Nachzügeln sicherlich das Malheur passieren, ihre Anträge von der Veröffentlichung ausgeschlossen zu sehen, denn der Zentralvorstand muß ja schon im Interesse der Gerechtigkeit den gestellten Termin streng beobachten.

Zur Statistik vom 15. Oktober 1894. Die Mitgliederzahl des **Bundes Hannover** beträgt nicht, wie fälschlich in Nr. 26 angegeben, 722, sondern 1050. Die Mitgliederzahl des **Bundes** dürfte noch öfter unrichtig angegeben sein, da vielfach die betr. Rubrik auf den Formularen, nach denen gezählt wurde, unangefüllt blieb.

Wiederum sind mancherlei Hezer bemüht, Zerrwürnisse in die Verwaltungen der Ortskrankenkassen zu tragen, die Arbeitgebemitglieder zur Obstruktion zu verleiten. In in offiziösen Zeitungen, z. B. der königlichen Leipziger Zeitung, wird geradezu ein Umsturz gegen die Ortskrankenkassen gepredigt. Anlaß hat eine aneinander stüchtige Differenz im Vorstande der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe Berlins gegeben. Hier wurde die Drohung, eventuell eine Innungskasse zu gründen, laut. Das greifen die Unfriedensstifter als empfindenswerten Fingerzeig auf. Aber im Kassenwesen ist nicht zu spähen und die Behörden würden gegen die Umstürzler bald Front machen müssen, wenn man den Einführungen Gehör schenkte. Uebrigens ist eine solche Kassengründung nicht ohne Bedenken. Gleichviel, im Vorstande der genannten Berliner Kasse wurde der Zwist rasch in solider Weise beigelegt, aber die Hezereien dauern fort. Jetzt wird hämißlich berichtet, daß als Organ der Kasse, zu der die Prinzipale ein Drittel der Beiträge zahlten, der sozialdemokratische Vorwärts gewählt sei. Das ist schon lange her, jetzt nutzt man es aber erst intrigant aus. Dennoch ist die Wahl, da die meisten Mitglieder der Kasse Sozialdemokraten und Lezer des Vorwärts sind, nur zweckentsprechend. Aus demselben Grund ist der Vorwärts auch Organ der staatlichen Alters- und Invalidenversicherungsanstalt. Ebenso benutzt die große Leipziger Ortskrankenkasse zu ihren Intentionen das Leipziger sozialdemokratische Blatt und Herr Brockhaus, Stadtrat Dr. Schwabe und wie die Vorstehenden sonst hießen, welche darin unterjährig publizierten, befinden sich dabei ganz wohl. An der gegenwärtigen Paz sieht man bloß wieder auffällig, wo die richtigen „Wähler“ hiedien.

In Köln tagte eine öffentliche Versammlung aller Arbeiter des graphischen Gewerbes, die von gut 100 Personen besucht war und in welcher Herr Sillier aus Berlin, der Vorsitzende des Verbandes der Lithographen und Steindruckere, ein recht bereites Referat über die Verteilung des Arbeitsertrages hielt. Nach reger Diskussion wurde außer einer Resolution für gewerkschaftliche und politische Organisation auch eine Resolution gegen die Tabaksteuervorlage, durch welche nicht nur Tabakarbeiter, sondern auch viele Lithographen und Steindruckere außer Brot gesetzt würden, und die Umstürzvorlage, die ganz besonders in das Interesse des Buchdruckgewerbes tief einschneidend sein werde, angenommen. Dann wurde man sich dahin einig, öfter solche graphische Versammlungen zu arrangieren im heiligen Köln.

In der Druckerei der Aktiengesellschaft Göttinger Nachrichten und Anzeiger entstand am 1. Februar ein Schadenfeuer. Verbrannt sind verschiedene fertigestellte Drucksachen, beschädigt die Haltsche usw. Dielen und Decken waren angefault.

Den Konkurs angemeldet hat der Buchdruckereibesitzer E. Wuppelow in Strellitz.

Die Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker bringt eine Denkschrift des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Sachen der Umgestaltung des Postzeitungsstarifs. Es wird darin folgende Postgebühr vorgeschlagen: 8 Proz. vom Jahresabonnementspreise; 8 Pf. jährliche Abgabe von jedem wöchentlichen bez. monatlichen Erscheinen; 8 Pf. von jedem beförderten Kilogramm Papier. Danach würde beispielsweise die Postgebühr für den Corr. be-

tragen: 8 Proz. von 4 M. = 32 Pf., 8 Pf. von jedem wöchentlichen Erscheinen = 24 Pf., 8 Pf. von jedem beförderten Kilogramm Papier = etwa 15 Pf. pro Exemplar, in Summa 71 Pf. Jetzt berechnet die Post jährlich 80 Pf. Für Redaktionen wird aber Herr Stephan nicht zu haben sein.

Richard Vogts Verlag, Berlin, hat seit der letzten Ankündigung die Feste XI, XII u. XIII (à 60 Pf.) der Modernen Kunst herausgegeben, die in ihrer Farbenpracht nach wie vor unerreicht dastehen. Von der illustrierten Zeitschrift zur guten Stunde (Deutsches Verlagshaus, König & Co., Berlin) liegen Heft 12 u. 13 (à 40 Pf.) des achten Jahrganges vor. Für Alle Welt, illustrierte Familienzeitschrift (im gleichen Verlage) liegt bisher bis zum 18. Heft (à 40 Pf.) vor. Die beiden letzten populären Unterhaltungszeitschriften erscheinen vierzehntäglich.

Aus der Schweiz ist zu berichten, daß die Blockade über die Buchdruckerei Vogel in Glarus infolge Ueberzuges an einen neuen Besitzer (Speltti), welcher Tarif und Lehrlingsregulativ anerkannt hat, aufgehoben worden. Ueber eine ebendieselbst neu errichtete Buchdruckerei von Rabette Vogel, sowie die an Herrn E. Billeter übergegangene Buchdruckerei Hagenbüchle in Romanshorn, welche Tarif und Regulativ nicht anerkannten, ist die Blockade verhängt worden.

In St. Petersburg wurde am 3. März die erste allrussische Druckerei-Ausstellung eröffnet. Diefelbe gibt ein Bild der Fortschritte, welche die Druckerei in Russland in den letzten 25 Jahren gemacht. Daneben sind auch die Staatsdruckereien in Berlin und Wien und verschiedene namhafte ausländische Firmen vertreten. Der wertvolle Petersburger Berichterstatter des Corr. dürfte unsere Leser noch mit einem Bericht über eigentümliche Ausstellungsgegenstände erfreuen.

Aus Amerika. Die Deutsch-Amerikanische Typographia hat per Urabstimmung zwei Anträge verworfen, von denen der eine Befreiung der Arbeitslosen von allen Beiträgen, wohl die Annahme verdient hätte. Nach dem andern sollte die Buchdrucker-Zeitung nur noch monatlich erscheinen. — Die englische Union in Chicago bewilligte 2000 Doll. für ihre arbeitslosen Mitglieder, die in Detroit führte die prozentuale Besteuerung ein. In Newark starb am 5. Februar Kollege Friedr. W. Keising aus Bremen, 41 Jahre alt, seit seiner Ankunft in Amerika vor etwa 13 Jahren) an der N. J. Freien Zeitung in Newark beschäftigt.

Die Druckerei der Post in Cincinnati hat, um ihre Operatoren ja zur äußersten Kraftanstrengung anzuspornen, ein Preissystem mit den Linotypen arrangiert, das vom 2. Februar bis 6. Juli d. J. dauern soll. Wer während dieser Zeit die höchste Durchschnittszahl von ems pro Stunde leist, soll einen zweiwöchentlichen Urlaub mit vollem Gehalt und freier Eisenbahnfahrt nach und von irgend einem Punkt erhalten; der zweitbeste anderthalb Wochen Urlaub mit vollem Gehalt, der dritte eine Woche Urlaub mit vollem Gehalt. Auch sind die Sieger in zwei Klassen eingeteilt, die eine für Union, die andre für Nonpareil, so daß die Preise doppelt gelten. Das betreffende Geschäft wird sich bei diesem Preis-Ausschreiben sicher nicht schlecht stehen und von den Maschinensevern werden nach Abschluß der Hezjagd manche für in mer Ferien bekommen. Der unerfütterliche Kapitalismus!

### Arbeiterbewegung.

Im Schuhmachergewerbe Deutschlands kamen im verfloffenen Jahre 26 Lohnbewegungen vor, von denen 14 mit Streik und 12 ohne Streik ihre Erledigung fanden. Bemerkenswert ist dabei, daß diese in 25 Fällen Schuhfabriken, also Fabrik Schuhmacher, und nur einmal Schuhmachergehilfen betrafen. Die sehr dürftige Berichtserstattung gab leider nur bei zwölf Bewegungen Aufschluß über den Ausgang, neun hatten einen Erfolg, drei eine Niederlage für die Arbeiter zur Folge. Von den 14 Arbeitsstellenstellungen waren sieben sogenannte Angriffs- und sieben Abwehrstreiks. Die bedeutendste Bewegung war die in Burg, welche allein 32182,16 M., mehr als die Hälfte einer Jahreseinnahme des Vereins Deutscher Schuhmacher, kostete. — Es wäre wünschenswert, daß unser Verbandsvorstand in den nächsten Jahresberichten ein gleiches Resümee der Tarifkonflikte den Mitgliedern böte. Jetzt bekommt man nur gelegentlich über solche Vorgänge in Druckereien eine Nachricht zu Gehör und die mancherlei Erfolge bei Abwehr oder Forderungen bleiben den Mitgliedern unbekannt. Der Gewerbetreibende kann sich aber nur schaden, wenn er kein Licht unter den Scheffel stellt.

In Weiskensfelds (Sirma Bölsfert) streikten die Kürschner infolge Lohnföhrung.

In der Malerei der Firma Huby in Düsseldorf sind die Porzellanmalerei in Lohnhöhrerengen gestanden.

Der seit zehn Monaten dauernde Bierbojott in Braunschweig ist aufgehoben worden, nachdem die Brauereibesitzer sich verpflichtet haben, die 21 noch ausgesperrten Brauer wieder einzustellen.

### Verstorbene.

Heilig ist das Eigentum dachte der Postsekretär Städte, eine Säule des Antifemismus, und stahl in Spandau ein Geldsak. Vorher brachte er das nicht unbedeutende Vermögen seiner Frau infolge seiner „noblen Passionen“ durch. Der Notar Joh. gewesener Friedensrichter der Stadt Bern, bezieht auf 3/4 Jahre das Judthaus wegen Unterschlagung von 65000 Fr. und leichtsinnigen Bankrotts. Aus Schlesien wird berichtet, daß der verlorbene preussische Landtagsabgeordnete Brauner (er hat sich erschossen) zahllose Unterschlagungen an öffent-

lichen und privaten Geldern begangen, so daß viele Erbschaften ganz, andre zum Teile zerstört, und sich u. a. nicht geistert hat, Mündelgelder, Altersrenten armer Leute, Sparkassensbücher seiner Dienstboten durchzubringen. Der Mann besleidete 28 Ehrenämter!

Wir bemerken in vor. Nummer, daß reiche Leute auf Kosten der Gerechtigkeit sich noch mehr bereichern und bedingungsweise strafflos ausgeben, während der kleine Mann bei dem geringsten Eingriff in fremde Rechte hart bestraft wird. Eine treffende Illustration zu dieser Aeußerung liefert ein Strafbefehl des Amtsgerichts in Wera. Eine arme Witwe, die sich und ihre Kinder redlich zu ernähren sucht, las im Stadtwald einige abgefallene dürre Äste im Werte von 5 Pfg. auf. Sie wurde zu 3 M. Geldstrafe, zum Schadenersatz (5 Pfg.) und 60 Pfg. Kosten verurteilt. Nach dem Buchstaben des Gesetzes mag dies ganz in der Ordnung sein, daß aber eine Stadtverwaltung wegen eines Objekts von 5 Pfg. Strafantrag stellt, das ist das Unbegreifliche an der Sache. Noch ein andrer Fall: In Hottingen (Waden) brach der Sohn einer armen Familie im Walde Tannenzapfen im Werte von zehn Pfennig. Er wurde zu zwei Tagen Haft verdonnert, die er des Nachts bei grimmiger Kälte verbringen mußte, während er am Tage mit Schneeföhrungen beschäftigt wurde. Der Junge wurde bald darauf krank und starb!

Einen Fall der Kinder-Ausbeutung durch die Eltern schildert die Ethische Korrespondenz nach dem Bericht einer Lehrerin. Ein Junge von 12 Jahren, der seine freie Zeit am Tage mit Tabakschneiden und Zigarettenrollen verbringt, mußte eines Abends um 9 Uhr Zigaretten an einen Restaurateur bringen und kam gegen 1 Uhr nach Hause er hatte längere Zeit warten müssen und diese Wartezeit dazu benutzt, ein Glas Bier zu trinken und den Gesangsvorträgen „feingepulter Mädchen“ zu lauschen. Die Zeit von 1 bis 3 Uhr des Nachts machte er dann seine Schularbeiten. Was soll aus solchen Kindern werden?

### Briefkasten.

W. in Bremen: Schilderung bedarf der Vorstandunterstützung. — r. in Nürnberg: Gestellte Anträge werden in Kürze sämtlich veröffentlicht, daher spezielle Publikation jetzt zwecklos. Bericht also zurückgelegt. — K. in Jena: Femininum. Gruf. — B. in Glas: Dankend erhalten. — Mitgliedschaft Regensburg: 3,75 M. — K. in Mannheim: 1. 75 Pf. 2. Ja. 3. Ja.

## Verbandsnachrichten.

**Schleswig Holstein.** Der diesjährige Gantag findet in Hensburg am 2. und eventuell 3. Juni d. J. statt. Es wählen Delegierte: Hensburg 4, Schleswig 1, die übrigen schleswigischen Druckere zusammen 2; Kiel 6, Tzeboe 2, Neumünster, Rendsburg und Wandsbeck je 1, die übrigen holsteinischen Druckere zusammen 3. Stimmentzettel erhalten sämtliche Druckere nach Veröffentlichung der Tagesordnung im Corr. Diejenigen Mitgliedschaften, welche zu dieser Wahl Kandidaten aufzustellen beabsichtigen, wollen deren Namen baldmöglichst dem Gantvorstande mitteilen. — Die hier namentlich aufgeführten Druckere sowie die übrigen größeren Mitgliedschaften sind um baldgefallige Einsendung eines druckfähigen Jahresberichtes hierdurch ergebenst ersucht.

**Bezirk Bremen.** Als Delegierte zum Gantage wurden gewählt: Dreyer, Friedhoff, Hofmann, Pfeffer, Wilkens, Grube, Dahn, Schröder, P. Bojken, Donath, Wenhold, Gimbel, Detjen, Schölffer.

**Bezirk Glogau.** Bei Konditionsanerbietungen aus Glogau wolle man sich tarifmäßiger Arbeitszeit verschern. Weitere Auskunft erteilt N. Hauschild in Glogau, Taubenstraße 11, III.

**Hensburg.** Der Seper Hermann Kölle aus Lübbrechtchen wird um sofortige Einwendung seiner rüchständigen Beiträge ersucht, andernfalls würde dessen Ausschluß vollzogen werden müssen.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu senden):

In Gera der Seper Paul Haberland, geb. in Oshatz 1870, ausgel. das. 1888; war schon Mitglied. — D. Linzner in Gera Leumünst, Altenburger Str. 15, pt.

In Köln der Seper Ludwig Thor, geb. in Dettingen (Bayern) 1874, ausgel. das. 1891; war noch nicht Mitglied. — Otto Kellerstraf, Bachemstraße 12.

In Mähr. Odrau der Gießer Karl Liebtauz, geb. in Breslau 1871, ausgel. das. 1889; war schon Mitglied. — Karl Klima, Mähr. Aktienbuchdruckerei.

### Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

**München.** Dem Seper Heinrich Siegling aus Erfurt ist die Hptb.-Nr. 29069 und dem Seper Otto Safft aus Stahfurt die Hptb.-Nr. 29391 in das Legitimationsbuch einzutragen.

**Gablonz a. N. (Böhmen).** Anlässlich der stattgefundenen Ueberreicherung des Normaltarifs werden seitens hiesiger Druckere Notthelfer zu engagieren gesucht. Es wird deshalb gebeten, etwaige diesbezügliche Angebote zurückzuweisen und Zugang fernzuhalten. Erhaltene Offertbriefe ersuchen wir dem hiesigen Vertrauensmanne Franz Wildner, Buchdruckerei G. Spiethoff, einzusenden.

